

Bezugspreis:
Monat 11.-17. November 240 Milliarden
Mark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2306-2507

Donnerstag, den 15. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vorkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gesellschaft, Tepelitzstraße 11

Reichstag am Dienstag.

Am Sonnabend Auswärtiger Ausschuss.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages, der eigentlich erst
am Freitag tagen sollte, wurde plötzlich schon am Mittwoch
abend zu einer Sitzung zusammengeholt, um zu der Frage der
Einberufung sowohl des Plenums wie auch des Auswärtigen
Ausschusses Stellung zu nehmen.

Entsprechend dem am Dienstag vom Vorstand ihrer
Fraktion gefassten Beschluß hatten die Führer der Sozial-
demokratie schon zuvor das Einverständnis des Reichstanzlers
mit einem möglichst frühen Termin zu erreichen versucht. Dr.
Strefemann war auch mit einer Besprechung der Rhein-
und Ruhrfrage im Auswärtigen Ausschuss am
Freitag oder Sonnabend einverstanden, so daß diese Frage
im Vorkonferenzrat ohne Schwierigkeiten geregelt werden konnte.
Man einigte sich dahin, den Auswärtigen Ausschuss am Sonn-
abend 10 Uhr vormittags zusammenzutreten zu lassen. Man
beschloß ferner, daß von den einzelnen Fraktionen je zwei oder
drei Abgeordnete aus dem besetzten Gebiet als Sachverständige
zugezogen werden sollen.

Schwieriger gestaltete sich die Frage der Einberufung des
Plenums, die zu einer eingehenden Debatte Anlaß gab.
Der Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Kempter, der
den Reichstanzler in der Sitzung vertrat, ersuchte dringend,
den Zusammentritt des Plenums bis zur nächsten Woche zu
verschieben. Gegenüber wurde von den Vertretern der Sozial-
demokratie sowie der Deutschnationalen betont, daß man nach
früheren Erklärungen der Regierung mit der Einberufung des
Plenums noch im Laufe der jetzigen Woche hätte rechnen
dürfen. Es gab darüber längere Auseinandersetzungen, wo-
bei die Vertreter der Demokraten, der Deutschen Volkspartei
und des Zentrums den Vorschlag machten, man sollte sich mit
einer Einberufung für den nächsten Donnerstag abfinden.
Vom Zentrum wurde gesagt, daß zahlreiche Abgeordnete des
besetzten Gebietes vor Dienstag nicht in Berlin sein könnten.
Mit diesem Termin gaben sich die Sozialdemokraten zu-
frieden.

Von bürgerlicher Seite wurde ferner eingewendet, daß
am Mittwoch nicht getagt werden könnte, weil dieser Tag der
Bußtag sei. Daraufhin erklärte Genosse Hermann Müller,
man müsse unter Umständen bereit sein, auch am Bußtag zu
tagen, wie man bei früheren kritischen Gelegenheiten auch am
Sonntag getagt hätte. Und, sollten es die Ereignisse mit sich
bringen, daß gerade an diesem Tage eine neue Regie-
rung gebildet werden müßte, so wäre ihre Bezeichnung als
„Bußtagsregierung“ durchaus angebracht.

Der Abgeordnete Bayerle als Vertreter der Bayerischen
Volkspartei warf bei dieser Gelegenheit die Frage der Mög-
lichkeit einer Regierungskrise auf. Genosse
Müller bemerkte dazu, daß auch die Sozialdemokratie die
Auffassung vertritt, daß im Falle einer Regierungskrise die
neue Regierung unverzüglich gebildet werden müßte.
Sonst bliebe nur die Auflösung des Reichstages übrig, die zu
scheuen die Sozialdemokratie keine Veranlassung habe.

Schließlich entschied sich die Mehrheit des Vorkonferenzrates
für die Einberufung des Plenums für Dienstag nach-
mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Verträge mit aus-
wärtigen Staaten und politische Aussprache.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion,
Genosse Hermann Müller, hatte am Mittwoch in der Sitzung des
Vorkonferenzrates folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Aus-
wärtigen Ausschusses, Abg. Dr. Scholz, gerichtet:

Am Auftrage des Vorstandes der Reichstagsfraktion der Ver-
einigten Sozialdemokratischen Partei habe ich Ihnen den Antrag
zu unterbreiten, den Auswärtigen Ausschuss des deutschen
Reichstages auf den frühest möglichen Termin einzuberufen.
Auf Begründung will ich kurz anführen, daß die Zu-
stände am Rhein und Ruhr uns zu diesem Antrag veranlassen.
Es wird auf das bestimmteste behauptet, daß die Reichsregierung
die Einstellung der Unterstufungen für die Erwerbs-
losen und die sozialen Reformer im Rheinland und im Ruhrgebiet
demnächst vor habe. Wir befürchten von einem solchen Beschluß die
schlimmsten Wirkungen auf das Verhältnis insbesondere des
Rheinlandes zum Reich. Unserer Auffassung nach darf die Be-
wölkerung von Rhein und Ruhr nicht anders behandelt werden
als die Bevölkerung irgendeines anderen deutschen Gaues. Wir
nehmen an, daß die Regierung selbst das Bedürfnis hat, so schnell
wie möglich ihre Auffassung über die Zustände am Rhein und
Ruhr dem Auswärtigen Ausschuss darzulegen.

Sozialdemokratische Interpellationen.

Wo bleiben die Finanzmaßnahmen der Reichsregierung?

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag
folgende Interpellation eingebracht: „Die hemmungslos-
fortschreitende Zerrüttung der Finanzen des Reiches, der Länder
und der Kommunen und der daraus folgende Währungsver-
fall haben zu einer Störung in der Produktion, zu einer Anarchie
in der Preisbildung und zu einer Unterbezahlung der Arbeitskraft

geführt, die eine Hungertatastrophe in gefährliche Nähe
rücken. In den breiten Volksmassen besteht die Auffassung, daß die
bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung unzu-
länglich und teilweise einseitig unter allzugroßer Schonung
leistungsfähiger Volksteile ergriffen worden sind. Die Unter-
geordneten fragen deshalb die Reichsregierung:

- 1. Wie ist der augenblickliche Stand der Reichsfinanzen?
Wie hoch sind die täglichen Ausgaben und Einnahmen?
2. Wie gestaltet sich voraussichtlich der Etat in den nächsten
Monaten, in Goldmark berechnet?
3. Welche Maßnahmen hat die Regierung zur Beseitigung
des Defizits ins Auge gefaßt? Wie denkt sie sich insbesondere
das Verhältnis der Reichsfinanzen zu denen der Länder und Ge-
meinden?
4. Stehen die zu treffenden Währungsmaßnahmen
fest, insbesondere auch die Einlösung der Papiermark in
eine wertbeständige Anleihe oder in ein wertbeständiges Zahlungs-
mittel?
5. Ist sichergestellt, daß die Reichsbank künftighin Kredite
ausschließlich auf Goldbasis gibt?
6. Wer trägt die Verantwortung für die Verschleuderung
der Goldanleihe und die dadurch bewirkte Schädigung der
Reichsfinanzen: welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu
ergreifen, um die durch die verzögerte Zuteilung von Goldanleihe-
stücken entstandenen Privatgewinne für das Reich zu beschlag-
nahmen?“

Um den Achtstundentag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im
Reichstag folgende Interpellation eingebracht: „Die Demobil-
machungsverordnungen über die Arbeitszeit der Arbeiter
und Angestellten lauten am 17. November ab. Nach Behauptungen,
die in der Presse aufgestellt werden, beabsichtigt die Regierung, eine
Verlängerung dieser Verordnungen nicht vorzunehmen.

Wir fragen die Reichsregierung, ob das richtig ist und ob sie
tatsächlich einen Zustand herbeiführen will, der die Arbeitskraft der
deutschen Arbeiter und Angestellten willkürlicher Ausbeutung schug-
los preisgeben würde?“

Vor Stillegung des Ruhrgebiets.

Bochum, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Am
Dienstag teilte der Vertreter des Zechenverbandes bei einer
Verhandlung der Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten des west-
fälischen Bergbaues mit den Unternehmern mit, daß sämtliche
Arbeiter und Angestellte am 15. d. M. entlassen bzw.
gekündigt würden. Begründet wurde diese unglaubliche Maßnahme
mit der Behauptung, daß die Zechenbesitzer nicht mehr in der Lage
seien, den finanziellen Anforderungen nachzukommen. Auf eine An-
frage, ob die Kündigungen auch für diejenigen Betriebe in Frage
kämen, die zwar im besetzten Gebiete lägen, aber genügenden Absatz
hätten, und auch den Bergbau im unbesetzten Gebiet beträfen, wurde
lediglich erklärt, daß dies wahrscheinlich nicht der Fall sein werde.
Die Vertreter der Arbeiter wandten sich entschieden gegen das Vor-
haben der Unternehmer. Auf der Rombacher Straße 11 am
Mittwoch bereits sämtlichen weiblichen und ledigen männlichen Per-
sonen zum 1. Dezember gekündigt worden. Die Entlassung findet
bereits am Donnerstag statt. Das Gehalt wird bis zum 1. De-
zember gezahlt.

Der britische Wahlfeldzug.

Die Arbeiterpartei gegen die Parlamentsauflösung.

Der heute Donnerstag im Unterhaus zur Verhandlung stehende
Misstrauensantrag der Arbeiterpartei bezieht, die
Regierung habe es unterlassen, sich mit den dringenden Erforder-
nissen der Arbeitslosen zu befassen; weiter wird das Bedauern
darüber ausgesprochen, daß die Regierung nicht imstande gewesen
sei, eine nationale Politik zu verfolgen, die geeignet gewesen wäre,
den Einfluß des Landes nach außen wieder zur Geltung
zu bringen und den internationalen Frieden und Handel
wiederherzustellen; ferner wird ein Wahlkampf über einen un-
bekannten Schutzzollplan und über Reichsvorzugsbehand-
lung verurteilt, der von Kapitalisten im eigenen Interesse
erbracht worden sei und dazu führen müsse, die Kosten des Lebens-
bedarfes zu erhöhen und antisoziale Schutzzollkombinationen ins
Leben zu rufen.

Auch die Liberalen, die bereits ein gemeinsames Wahlmanifest
erlassen, ihre Einigung also vollzogen haben, sind gegen die Ueber-
sägung der Wahlen, die dem Wähler nicht Zeit zur Ueberlegung
liehen. Die Konservativen jedoch stimmen mit Baldwin's Auf-
lösungsabsicht überein.

Das Unterhaus setzt sich gegenwärtig wie folgt zusammen: Kon-
servative 342, Arbeiterpartei 144, Asquith-Liberale und Lloyd
George-Liberale je 59, andere Parteien 7, vakante Sitze 4, zusammen
615. Für diese 615 Sitze werden ungefähr 1350 Kandidaten auf-
gestellt werden, darunter 20 Frauen. Die Konservativen und die
Liberalen werden etwa je 480 Kandidaten aufstellen, die Arbeiter-
partei 390. Die Arbeitslosigkeit und die Schutzzoll-
frage werden die wichtigste Parole für den Wahlfeldzug abgeben.

Der Geburtstag der Rentenmark

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat
an die Deutsche Rentenbank folgendes Schreiben
gerichtet:

„Auf Grund des § 47 der Vorläufigen Durchführungs-
bestimmungen zur Verordnung über die Errichtung der
Deutschen Rentenbank ermächtige ich die Deutsche Ren-
tenbank, am 15. November d. J. mit der Heraus-
gabe der Rentenmarkseine zu beginnen.“

Mit dem heutigen Tage werden zum ersten Male die-
jenigen Geldzeichen ausgegeben werden, welche den Ueber-
gang zu einer Goldwährung bilden sollen. Reichsbeamte und
sonstige Arbeitnehmer öffentlicher Körperschaften werden zu
den buntemusterten Scheinen von Papiermark und wert-
beständigen Geldsorten nun auch Rentenmark erhalten.
Die Bereicherung, die dadurch der Geldumlauf erfährt, wird
von vielen mit begründeter Skepsis ausgenommen werden.
Daß „Wertbeständigkeit“ ein sehr relativer Begriff ist, haben
zu ihrem Leidwesen gerade in den letzten Wochen viele erfah-
ren müssen. Man schuf mit der Goldanleihe und dem wert-
beständigen Notgeld ein Zahlungsmittel, das zwar in seiner
überwiegenden Mehrheit gehamstert und zurückgehalten wurde,
aber doch in gewissen Beträgen auch in die Hände von Arbeit-
nehmern kam. Obwohl nun die Goldanleihe den künstlich
niedrig gehaltenen Kurs des Dollars zu halten vermochte, ob-
wohl die Nachfrage nach ihr sogar noch stürmisch anhielt,
mußte man erleben, wie der Wert der Goldmark
schwand, weil die Warenpreise weit über ihren Vorkriegs-
stand und über den Weltmarktstand hinausgingen. Die Gold-
mark ist also in der Zwischenzeit durchaus unbeständig ge-
wesen. Trotzdem sind die Besitzer derartiger „wertbeständiger“
Geldzeichen in einer beneidenswerten Lage gegenüber all den-
jenigen, welche trotz aller mißlichen Erfahrungen noch einmal
den Versuch unternommen haben, eine größere Summe
Papiermark für irgendeine Anschaffung aufzusparen. Diese
konnten in den drei Tagen von Montag bis Mittwoch eine
Verminderung der Kaufkraft des zurückgelegten Geldes auf
die Hälfte verzeichnen, ungerichtet die Warenpreissteigerung
in Goldmark, während die Goldanleihebesitzer über die dop-
pelte Summe Papiermark wie vorher verfügen konnten.

Gegenüber der Papiermark wird die Rentenmark also
fraglos einen Fortschritt bringen können, schon deswegen, weil
mit ihrer Einführung ungedeckte Noten nicht mehr
ausgegeben werden dürfen. Doch die Rentenmark ist kein
durch Gold gedecktes Geld. Während man aber Papiermark
plan- und ziellos in die Volkswirtschaft hineinpumpen konnte,
ist das Recht der Ausgabe von Rentenmark beschränkt durch
die Deckung in Rentenbriefen, die zur Verfügung steht. Diese
Rentenbriefe sind in Gold verzinsliche Papiere, deren Ver-
zinsung und Tilgung durch Landwirtschaft, Industrie und
Handel gesichert sind. Man rechnet damit, daß die Renten-
markbeträge, die etwa der einzelne erübrigen kann, nunmehr
in Rentenbriefe umgetauscht werden, so daß ständig ein
Teil der ausgegebenen Zahlungsmittel an die Rentenbank zu-
rückfließt. Auf diese Weise ist die Ueberflutung des Geld-
marktes mit Zahlungsmitteln einer gewissen automatischen
Hemmung unterworfen.

Es kann darüber keine Täuschung geben, daß auch die
Rentenmark starken Schwankungen unterworfen sein wird.
Undenkbar ist es freilich, daß sie den Leidensweg gehen wird,
den die Papiermark gegangen ist. Denn je mehr der Kurs
der Rentenmark sinkt, desto mehr wird sich die Laifade geltend
machen, daß man für billiges Geld den in Gold verzinslichen
Gegenwert der Rentenmark, den Rentenbrief kaufen kann,
und schon dadurch ist einem Abstieg der Rentenmark eine
selbstständig wirkende Bremsse vorgeschoben, die um so stärker
zieht, je größer der Druck auf sie wird. Ja, es ist sogar denk-
bar, daß sie auf dem Werte der Goldmark mindestens eine
zeitslang gehalten werden kann, unter der Voraussetzung,
daß nichts geschieht, was ihre Entwertung begünstigen könnte.
Vorbereitung dafür ist die Sanierung der Staats-
finanzen, die nicht allein von der Ausgabe einer
folgenden kann, sondern auch von einer stärkeren Erschließung
der Steuerkraft des Besitzes ihren Ausgang nehmen
muss. Eine weitere Vorbereitung ist eine vernünftige
Gestaltung der Kreditpolitik der Reichsbank, bei der alle
bisher gemachten Fehler vermieden werden müssen. In all
diesen Punkten hat die Reichstagsfraktion der sozialdemokrati-
schen Partei durch ihre an anderer Stelle veröffentlichte
Interpellation die Regierung gewarnt und gemahnt. Es ist
dringend zu wünschen, daß man nicht wieder durch falsche
Rücknahme auf private Interessen eine Spekulation auf
den Niedergang der Rentenmark begünstigt.

Trotz der Störung der Rollenpresse, die durch den Buch-
druckerstreik in Berlin eintreten mußte, wird heute die Renten-
mark in den Verkehr gebracht werden. Gedruckt sind davon
für 150 Millionen Goldmark, weitere 140 Millionen sollen
bis zum morgigen Tage fertiggestellt sein. Die Reichsregie-
rung hat zunächst von der Rentenbank einen Kredit in der
Höhe von etwa 80 Millionen Rentenmark in Anspruch ge-
nommen und davon erhebliche Beträge nach der Provinz ge-

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareil-
zeile 0,70 Goldmark, Reklamezeile
0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“
das fertige Blatt Wert 0,20 Gold-
mark (außerhalb 2000 fertige Blatt
Wert). Jedes weitere Wort
0,10 Goldmark. Ständigerwerb
das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes
weitere Wort 0,05 Goldmark.
Worte über 17 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familienanzeigen
für Abonnenten je 0,30 Goldmark.
Eine Goldmark = ein Talar geteilt
durch 4,23.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Druckgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Drucker
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

leitet, um am 15. November mit der Auszahlung von 250 Millionen in diesem neuen Geld beginnen zu können; zuerst werden es Reichs- und Landesbeamte und andere Arbeitnehmer der Behörden erhalten. Man wird vorläufig wahrscheinlich eine Quote von 30 Proz. der im Betracht kommenden Löhne und Gehälter in wertbeständigem Geld zur Auszahlung bringen können, und man beabsichtigt, diesen Anteil von Woche zu Woche zu steigern.

In Kürze sollen auch Rentenfennige ausgegeben werden, von denen die Stücke von 1 und 2 Rentenfennigen aus Kupfer, die höheren Einheiten aus Aluminiumbronze hergestellt werden. Die Münzen haben ungefähr das Aussehen der Scheidemünzen der Vorkriegszeit.

Mit der Ausgabe der Rentenmark hört die Ausgabe ungedeckter Papiermark auf. Damit ist noch nicht gesagt, daß die Rentenpresse ganz zum Stillstand kommt. Die Reichsbank hat vielmehr bei der Abänderung des Bankgesetzes das Recht behalten, Papiermark weiter zu drucken, jedoch unter Innehaltung bestimmter Deckungsvorschriften.

Trotz der schlechten Erfahrungen, die man bei Ausgabe der Goldanleihe gemacht hat, steht der Umrechnungskurs für Papiermark in Rentenmark noch nicht fest. Man hat noch immer nicht gelernt, daß ein solcher Zustand dazu führen muß, daß das gute Geld gehamstert wird und aus dem Verkehr verschwindet. Wir verlangen, daß man ohne Verzug das Verbot nachholt, zumal die Reichsregierung selbst die Notwendigkeit eines festen Umrechnungskurses der Papiermark nach dem Fortfall der Ausgabe ungedeckter Noten einseht.

Eine wesentliche Schwierigkeit für die Ausgabe der Rentenmark war der Umstand, daß die Befehlsmächte die Einfuhr dieses Geldes ins besetzte Gebiet nicht zulassen wollten. Es verläutet jetzt, daß die Befehlsmächte ihren Widerspruch aufgegeben haben. Wenn diese Meldung zutrifft, so wäre das sehr zu begrüßen, weil die Zulassung wertbeständigen Geldes im besetzten Gebiet endlich den Bergarbeitern bei der Wiederaufnahme ihrer Arbeit eine wertbeständige Entlohnung möglich machen würde. Auch den partikularistischen Tendenzen könnte damit entschieden entgegen gewirkt werden. Das Projekt der Aufrichtung einer rheinischen Notenbank würde damit zumindest überflüssig.

Mit der Einführung der Rentenmark ist erst eine Etappe auf dem Wege zur Befriedung der Währung erreicht. Das Ziel muß die Wiederaufrichtung einer echten Goldwährung, die Schaffung durch Gold gedeckter Noten sein. Durch Rentenmark und Rentenbriefe wird die schwebende Schuld des Reiches fundiert und allmählich annulliert. Die Reichsfinanzen haben noch eine Galgenfrist zur Umstellung. Wenn diese Frist nicht richtig und entschieden ausgenutzt wird, so wird auch die Rentenmark ins Gleiten kommen; ein neuer Raubzug auf Arbeitseinkommen und Verbrauch, eine neue Privilegierung des Sachbesitzes und der Spekulation wären die Folgen. Eine weitere Folge wäre aber auch, daß jeder Versuch, eine endgültige Währungsreform anzubahnen, von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre, weil die Welt einem mehrfach bankrotteten Schuldner niemals so leicht wieder Vertrauen schenken könnte. Die volle Verantwortung für das Gelingen dieses Versuches trägt der Reichsfinanzminister. Das muß ihm in der Geburtsstunde der Rentenmark mit aller Eindringlichkeit gesagt werden.

Der Reichshaushalt in Gold.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats nahm auf Ersuchen des Reichsministers der Finanzen Stellung zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen beim Zustandekommen einer stabilisierten Wirtschaft und einer wertbeständigen Währung ein in sich balancierender Etat in Goldmark aufgestellt werden kann. Eine Untersuchung des Reichsfinanzministeriums kommt in dieser Hinsicht zu einem Dauerbedarf für 1920 von 810, für 1921 von 1190 und für 1922 von 1470 Goldmillionen. Für den zukünftigen Dauerbedarf legt die Denkschrift eine Summe von rund 1200 Goldmillionen und unter Berücksichtigung verschiedener Umstände einen Betrag von

Mit der Wünschelrute.

Woche für Woche durchwandere ich die Stätten, wo Beine schwingen und Gewänder flattern — mit der Wünschelrute nach der Quelle der Verjüngung suchend. Nach dem Jungbrunnen des neuen Weltes und des neuen großen Stils, den die bildende Kunst sich bereits geschaffen hat und den der Tanz den darstellenden Künsten geben soll. Denn dies ist der Gang der Entwicklung: Wie Malerei und Plastik in der ungenügenden Architektur, so gipfeln die Künste der Szene in der rein geschlossenen Ausdrucksform des Tanzes. Als Einzel- oder Reigenkunst, mit oder ohne Musik- und rhythmische Sprechchorbegleitung ist er berufen, uns das große vollkommene Bühnenkunstwerk zu bringen, das die Feste der Zukunft bepflanzen und beschwingen soll, das Leid und Lust, Wangen und Sehnen, Jörn und Andacht eines besessenen Volkes spiegeln und widerklingen soll im großen Wunderlatter Rhythmus. In demselben Wunderlatter, der den Lauf der Weltkörper regiert und das Räder der Pulse, der in Kunstwerksform die Herzen der Volksgenossen zu gleichem Schlage eint und die Seele des Volkes mit der Weltseele in eins zusammenströmen läßt.

Der neue Stil wird kommen. Ihn zu suchen durchwandere ich Woche für Woche mit der Wünschelrute die Stätten, wo die Beine schwingen und die Gewänder flattern.

Schweden-Saal. Fräulein Marion Herrmann aus Duisburg, ein Sproß vom Stamme der Bara, formt mit Rumpf, Arm und Bein gotische Linien. Vermutlich um die Finsternis des Mittelalters anzudeuten, bleibt die Bühne fast immer verdunkelt. Man sieht wenig. Was man sieht, ist eine Folge von Posen und Attitüden, die den Maler und Plastikern reizen können. Aber die Rhythmi der Malerei und Plastik hat ihre eigenen Gesetze und ein Schwinden aus einer Modellpose in die andere ist noch kein Tanz. Außerdem trägt gotischer Geist doch ein etwas anderes Gepräge als der Geist, der in Fränkchen Herrmann aus Duisburg wirksam ist. Gotik ist visionäres Schönen, weltvergessene Verzückung, ekstatischer Rausch. Fräulein Herrmann gestaltet die Gotik so um, wie der moderne Möbelfabrikant gotische Schränke und Truhen für die bürgerliche gute Stube umgestaltet. Sie bringt beherrschte Verzückung, wohltemperierte Ekstase, Visionen einer höheren Tochter. Und schließlich: der gotische Kunst war das Berrenken der Glieder nicht Selbstzweck; sie deformierte den menschlichen Körper, weil nicht Nachahmung der äußeren Natur, sondern gesteigerte Ausdruckskraft der reinen Kunstmittel, der Linie und Form, ihr Ziel war. Von solcher Reinigung und Durchgeistigung der Ausdrucksmittel war bei Fräulein Herrmann nichts zu spüren. Man vergaß nie, daß man eine Tänzerin aus Fleisch und Bein vor Augen hatte, und man hatte oft das bange Gefühl, sie könne sich bei ihren Evolutionen was verletzen. Aus solcher Gotik fließt uns der Jungbrunnen nicht.

Bühnen-Saal. Zweiter Abend des Fräuleins Leni Riefenstahl. Ich habe seinerzeit über das Debit berichtet und hatte damals den Eindruck, daß die ungewöhnlich hohen Erwartungen, zu denen der erste Teil des Programms berechtigte, im zweiten nicht erfüllt wurden. Da erhielt ich die Kunde, daß in München, wo die Rolle sich einige Tage vorher gezeigt hatte, gerade dieser Teil die stärkste Wirkung getan habe. Also wallfahrte ich zum zweiten Abend, aus Pflichtgefühl, ohne allzu große Erwartungen. Und wurde auf das Wunderbarste überrascht. Ob äußere Hindernisse, wie man erzählte, oder Besorgnis der jungen

2,2 bis 2,4 Goldmilliarden zugrunde. Die etwaigen Befehlsmächte an die Länder und Gemeinden dürfen eine weitere Goldmilliarde beanspruchen. Diesem Ausgabebedarf gegenüber steht nach vorsichtiger Einnahmehätzung bei stabiler Wirtschaft ein Betrag von 3,1 Milliarden Goldmark, so daß der Haushalt nur mit den größten Steueranstrengungen im Gleichgewicht gehalten werden könnte. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte dazu, daß diese Auffassung kein abschließendes Urteil, sondern lediglich den Anstoß zu einer ernsthaften Prüfung der Frage geben solle. Der Ausschuss gelangte zu der übereinstimmenden Auffassung, daß es eine selbstverständliche Notwendigkeit ist, daß ein in sich balancierender Etat schon jetzt in Goldmark aufgestellt wird. Die in der Debatte aufgetretenen Ansichten über die zur Balancierung des Etats erforderliche Durchführung der Deckungs- und Steuerreform sollte dem Reichsfinanzminister vorgelegt werden.

Der neue Kurs.

Wir haben bereits mehrfach auf die Gefahren hingewiesen, die sich insbesondere auf dem Gebiete der Außenpolitik aus dem Eintritt des Herrn Dr. Jarres in das Stresemannsche Kabinet ergeben haben. Nachrichten aus dem besetzten Gebiet bestätigen, daß diese Besorgnisse dort, wo man seine Tätigkeit als Oberbürgermeister in Duisburg genauer kennt, durchaus geteilt werden. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Köln meldet, fragt man sich in weiten Kreisen des besetzten Gebietes, ob die politische Auffassung des Herrn Jarres mit der von dem Kabinet bisher betriebenen Politik in Einklang gebracht werden soll. Seit der Einstellung des passiven Widerstandes gehört nämlich Dr. Jarres zu den Politikern, die mit der offenen oder versteckten Loslösung des Rheinlandes von Deutschland als mit einer unabwendbaren Tatsache rechnen und die die französische Rheinlandpolitik dadurch parieren zu können glauben, daß die Regierung die Verantwortung für das besetzte Gebiet Frankreich zuschiebt. Auch unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, wendet sich scharf gegen den Eintritt des Herrn Jarres in das Kabinet, dessen Politik dadurch noch mehr nach rechts getrieben wird.

Es scheint überhaupt, daß der neue Reichsinnenminister sein Amt nur unter der Voraussetzung einer vollkommenen Aenderung in den bisher auf Verständigung eingestellten Kurs der Außenpolitik angetreten hat. Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet, hat er bereits in seiner am Dienstag vor den Beamten des Innenministeriums gehaltenen Antrittsrede mit dem „vorübergehenden“ Verlust des Ruhrgebiets „Sonne“ verwiesen. Es bekräftigt sich also, daß Herr Dr. Jarres, wie im besetzten Gebiet befürchtet wird, auf eine offene oder versteckte Loslösung des Rheinlandes von Deutschland hinarbeitet und in unbegreiflicher Verblendung eine Politik fördert, deren Gefahren für den Bestand der Republik wie für die Interessen des deutschen Volkes offensichtlich sind.

Die Rechtschwenkung des Kabinetts auf außenpolitischem Gebiet hat in Verbindung mit dem völligen Versagen der Reichsregierung gegenüber den Rechtsputschisten in Bayern, insbesondere gegenüber dem Hochverräter Ludendorff, im Auslande eine Stimmung geschaffen, die alles weniger als günstig für Deutschland ist. Mitgewirkt hat hier auch die Rückkehr des Extronprinzen, die einen neuen Gefahrenherd für die innere und äußere Politik Deutschlands geschaffen hat. Selbst in England sind dadurch die Sympathien für Deutschland stark vermindert worden. In Frankreich jedoch wird die Haltung der Regierung gegenüber Ludendorff und dem Extronprinzen nicht nur von einer geschickten Propaganda in weitestgehendem Maße verwertet, sie wird auch von der linksstehenden Presse in schärfster Weise bekämpft. So schreibt die „Ere Nouvelle“, die seit Jahr und Tag einen mutigen Kampf gegen den französischen Militarismus führt, Frankreich dürfe nunmehr nicht damit zögern, die sofortige Entwaffnung der Banden der deutschen Wallensteine zu erzwingen. Jede Armee diesseits der Grenze des Deutschen Reiches sei eine Armee des deutschen Nationalismus. Die Soldaten folgten blindlings ihren Führern, und

diesen sei jede republikanische Gesinnung fremd. Herr Stresemann habe, als er die Sozialisten aus der Regierung drängte und das demokratische Regime in Sachen und Thüringen vergewaltigte, seine Wahl getroffen. Von ihm könne man nicht erwarten, daß er die Truppen zum Schutze der Demokratie verwende.

Wenn ein linksgerichtetes Blatt so schreibt, so kann man sich leicht vorstellen, wie die Presse des „nationalen Blocks“ in Frankreich über die immer deutlicher hervortretende Rechtschwenkung der deutschen Politik urteilt. Ihre Haltung bestätigt die Richtigkeit des Urteils der „Ere Nouvelle“: „Wenn Herr Stresemann es darauf angelegt hätte, dem schlimmsten französischen Imperialismus in die Hände zu arbeiten, dann hätte er nicht anders handeln können.“ Wir haben diesem Urteil nichts hinzuzufügen.

Was wird aus dem Rheinland?

Köln, 14. November. (WZ.) Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ teilt mit: Die völlige Zerrüttung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet, sowie die fruchtbar Gefahr, daß hunderte tausende Menschen buchstäblich zu verhungern drohen, zwingen zu sofortigem Handeln. Heute nachmittag wird eine politische Abordnung aus dem besetzten Gebiet, verstärkt durch einige Männer aus dem Wirtschaftseben, mit der Rheinlandkommission über die zu ergreifenden Maßnahmen verhandeln. Die Sozialdemokratie ist in der Abordnung durch Reichstagsabgeordneten Meerfeld-Köln und Landtagsabgeordneten Klupph-Dortmund vertreten.

Karl Seif Bürgermeister von Wien.

Sein erstes Wort gilt Deutschland.

Der Wiener Gemeinderat hat an Stelle des preisen Genossen Jakob Reumann mit allen sozialdemokratischen Stimmen unteren deutschösterreichischen Parteipostenden Gen. Karl Seif zum Bürgermeister der Bundeshauptstadt und zum Landeshauptmann von Wien gewählt. In seiner Antrittsrede gedachte Bürgermeister Seif der Not und Bedrängnis des von eingedrungnen Fremdlingen und inneren Feinden bedrohten deutschen Volkes, dessen Unglück die Gefühle Deutsch-Österreichs für die Einheit und Solidarität beider Völker nur stärken könne. Das Band deutscher Kultur, deutscher Wissenschaft und Kunst und deutschen Volkstums, sagte Seif, ist trotz der Grenzsteine unzerbrechlich. Die Sehnsucht nach einer Vereinigung, die Auserkennung, daß auch wir eingereicht werden unter die Bürger des deutschen Staates, und der Glaube an die Auferstehung der großen deutschen Republik ist unzerstörbar. (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Vorbild der Wiener Willkürspende hat der Tiroler Landtag 100 Millionen Kronen für Hilfsbedürftige in Deutschland gestiftet und eine Sammlung im Lande eingeleitet.

Freisprechung eines politischen Mörders.

Prag, 14. November. (WZ.) In dem Prozeß gegen den Mörder des früheren bulgarischen Gesandten in Prag, Dr. Daskaloff, Atanas Nikoloff, wurde der Angeklagte nur wegen unerlaubten Waffentragens zu 48 Stunden Arrest verurteilt und die Strafe durch die Haft für verbüßt erklärt. Nikoloff wurde der Polizei zur Ausweisung übergeben.

Die Freisprechung ist, wie uns aus Prag gemeldet wird, auf den Eindruck zurückzuführen, den die Ausführungen des Angeklagten auf die Geschworenen — darunter sieben Frauen — machten. Er behauptete, daß er selbst getötet worden wäre, wenn er des Todesurteils seiner mazedonischen Kameraden nicht vollstreckt hätte. Des Urteil wird, wie wir hören, in Prag als ein Fehlurteil betrachtet.

Vor wenigen Tagen ist übrigens das Mitglied jener Regierung, der gewesene Minister Duparinnoff, angeblich auf der Flucht aus der Eisenbahn, als er in die Strafhast gebracht werden sollte, erschossen worden.

Eine erneute deutschösterreichische Demonstration gegen das Verbot des „Herold“ wurde gestern Abend am Rnie in Charlottenburg durch Schutzpolizei aufgelöst. Reinhold Wulle bestreift übrigens in einem Schreiben an uns, daß es sich in Charlottenburg um Versammlungen des „Herold“ handelte. Vielmehr habe er, Wulle, seine Wähler dort zusammenberufen.

Ein tausendjähriges Bild.

Gestern sah ich auf dem Wege nach dem Grunewald eine sich frisch bräunende Reihe reicher Häuser, und in einem Garten davor grub ein zerlumpter Mensch. Tausendjähriges Bild, das sich nicht ändern will, das noch immer und in allen Formen von einem unsichtbaren Satan auf den ganzen Erdball gemalt wird!

Arbeiter, wir werden nie aufhören, die ewigen Fesseln unserer Herren zu sein, wenn nicht ein neuer, rosender Christus kommt, der uns als seine Heerscharen zu sich ruft und mit harter, hasender Hande die wuchernden Städte und Industrien runterholt, Schweinefäße und Windmühlen auf ihren Grabwällen baut und mit dem Hurengedräme der Herrenweiber die hungrigen Flächen düngt, auf daß eure Kinder wieder nach Kornblumen und eure Frauen nach Garben riechen, damit wir beim Befang des eigenen Roggens und Eichendorns einmal mitjubeln können: „Hier, unsere Träume, wie sie wachsen!“ Otto Luchenhagen.

Reichsbank und Reichskunstwart. In der Presse wird die Verzögerung der Herausgabe der Rentenmark mit der Mitwirkung des Reichskunstwarts in Zusammenhang gebracht. Auch wird wegen der Gestaltung der Reichsbanknoten in künstlerischer Hinsicht der Reichskunstwart verantwortlich gemacht. Demgegenüber ist festzustellen, daß bei der Gestaltung der Banknoten der Reichsbanknote der besonderen Dringlichkeit wegen nicht zugezogen worden ist. Lediglich für die Rentenpfennige (Hartgeld) hat der Reichskunstwart in kürzester Frist Entwürfe besorgt. An der Gestaltung der Reichsbanknoten wird der Reichskunstwart nicht beteiligt. Besuche des Reichsministers des Innern und des Reichskunstwarts, diesem einen Einblick bei der Vorbereitung der Entwürfe von Reichsbanknoten zu sichern, sind auf den Widerstand der Reichsbank gestossen.

Das Bestreben der Reichsbank, wenigstens auf künstlerischem Gebiet die ihr sonst verlagten Vorbeeren zu ernten, mag an sich Anerkennung verdienen. Trotzdem ist die Frage berechtigt: Wozu haben wir einen deutschen Reichskunstwart, wenn sich jede r-befehlende Behörde erlauben darf, seine Mitwirkung bei den kulturell wichtigsten Entscheidungen selbstherrlich auszuschalten? Die gefestigte Festlegung und Erweiterung der Obliegenheiten des Reichskunstwarts wird immer mehr eine unumgängliche Notwendigkeit.

Pommerische Geburtsanzeige. In der „Pommerische Tagespost“ vom 8. November findet sich folgendes Inserat:

Gottes Güte schenkte uns den zweiten reaktionären, frommen, völkischen Jungen.

In großer Freude
Hauptmann a. D. Horst Schlemig
und Frau Wera geb. Braunslich.

Stettin, den 6. November 1923.

Grabower Str. 29 III.

Die richtige Antwort darauf soll der neue Weltbürger bereits in die Windeln geschrieben haben.

Im Deutschen Opernhaus geht unter Leitung von Generalmusikdirektor Leo Blech heute, Donnerstag, „Rheingold“ und am Freitag die „Walküre“ in Szene.

Künstlerin das reflexlose Auswirken keilischer Vertiefung damals hemmen, weiß ich nicht. Jedenfalls kam jetzt alles unvergleichlich stärker, woller und freier heraus. Und zwar, stimmunggebende Einzelheiten, die damals verloren gegangen waren, überglänzten die Vorführungen mit einem Zauber von Schönheit und Poesie. Aber, sage ich mir, vollendete Technik, Temperament, Phantasie, Jugend, Grazie — das sind Dinge, die bezaubern und bestechen. Und ich dachte an die Schillerin, an den Schillerreigen der „Häufigkeit“ und anderes. Da stieg ich — einmal, zweimal. Bei der „Symphonie“ war es und bei der „Traumbüste“ (bei dieser besonders in der Wiederholung). Es war eine Offenbarung. Reizend! Eine fast völlige Entmaterialisierung der Kunstmittel war hier erreicht. Ich sah nicht mehr Gewänder und Körperformen, sondern erlebte den reinen Rhythmus belebter Linien und Farbformen. Alles Erdbundene, Gegenständliche, Pantomimische schwand, man fühlte sich in die Höhe der absoluten Kunst entrückt. In diesen beiden Schöpfungen kam die Künstlerin dem Ziel ganz nahe, auf das der Entwicklungsgang der modernen Tanzkunst gerichtet ist und nach dem ihre berühmtesten Kolleginnen bisher vergebens strebten. Hier sprudelte die gesuchte Quelle, hier strömte der Jungbrunnen. Wenn auch noch nicht machtpoll, überschäumend und fortziehend, so doch klarer, lauter und siegesgemäß. Bleibt (trotz der blenden Publikaufreize und eines verwirrenden Prestigeklamms) ihr erster Kunstwille wach und wirksam, so kann uns diese junge Berliner, davon bin ich überzeugt, die Erfüllung dessen bringen, was wir vom Tanz der Zukunft hoffen: den neuen Geist und den großen Stil.

Bühnenharmonie. Uraufführung der dramatischen Tanzfolge „Der Aufschrei“, getanzt von Jutta Klant und den Mitgliedern ihrer Tanzgruppe. Eine choreographische Dichtung, bei deren Schöpfung der Tanz das Primäre war, Musik und gesprochenes Wort sich dienend anschlossen. Tanz und Musik steigerten sich aneinander, wie bei den Aufführungen primitiver Völker. Die Wirkung ist stark, tief, elementar. Einprägsame Bilder: Am Anfang das geballte Chaos „Rasse Mensch“, dumpf brauend, sich lösend, nieder, mit schrillen Lachen auseinanderfahrend, auseinander fliehend, gegeneinander anprallend. Und zum Schluss das „Laster“, wie es triebhaft ländernde Jugend lockt, beglückt, verdirbt, vernichtet. Gegenüber den oft grandiosen Massenwirkungen verschwindende Einzelleistungen. Das Ganze derselbe Versuch, den hier vor kurzem Laban mit untauglichen Mitteln unternahm. Das wesentliche gelang: Die Ueberlegung ins reine Gefühlsmäßige und der klare Rhythmus bewegter Massen. Ungeköst blieb das Problem, Bühnenbild und Tänzergruppen zur Einheit zu verflammen. Auch konnte das gesprochene Wort gegenüber dem Eindruck des Bühnenspiels nicht recht zur Geltung kommen. Hier wäre vielleicht ein Sprechchor am Platz gewesen. Alles in allem: Auch dies ein Schritt zum Ziele.

John Schifowski.

Große Volkshöhe. Die Uraufführung von „Laxmen“ findet am 20. November statt. Russische Leitung: Eugen Szymar. Spielleitung: Alexander D'Arnold. Die vollständig neuen Dekorationen und Kostüme werden nach Entwürfen von Hans Strohsack hergestellt.

Professor Gothein geborden. Wie erst jetzt bekannt wird, ist der Volkswirtschaftler an der Heidelberger Universität, Professor Dr. Gerhard Gothein, am Sonntagabend in Dahlem an der Grippe gestorben.

Die Buchhändlerstückzahl beträgt ab 15. 902 Milliarden Mark.

Ludendorff der Putschführer

Ein einwandfreies Zeugnis aus völkischen Kreisen.

Das völkische „Deutsche Tageblatt“ ist, wie wir erst gestern mitteilten, verboten worden, weil es in seiner Nr. 167 „die Reichswehr zur politischen Stellungnahme und zum Ungehorsam aufgefordert“ habe. Trotzdem ist es heute mit seiner Nr. 168 wieder auf dem Plan erschienen, und wir können diese an sich verbotswürdige Tatsache nur begrüßen, denn es enthält sich so wenigstens der fürchtbare Krach, der innerhalb der Putschistenkreise selbst zu Hause ist. Das Blatt widmet einen ausgewachsenen Vektorsatz dem anderen Flügel der völkischen Putschisten, der in der „Deutschen Zeitung“ Max Maurenbrechers sein publizistisches Organ hat.

Einige Stilproben aus den Ergüssen dieser norddeutschen Nationalisten mögen zeigen, wie groß die Wut der Hitlerleute gegen ihre bisherigen Freunde ist. Maurenbrecher, der sich doch wirklich redlich bemüht, trotz besserer Kenntnis den Schwag vom Marxismus nachzubeten, wird jetzt im „Deutschen Tageblatt“ bezeichnet als „Renegat, der Pastor und Freidenker und wieder Pastor, Christlichsozialer und Raumannianer, Marxist und Nationalist, Hohenzollernpöblier und Hohenzollernverehrer im plätschernden Lauf des Lebens gewesen ist“, und es wird ihm attestiert, daß er als völkischer Arbeiterführer niemals in Frage kommen könne.

Maurenbrecher hatte in einem Artikel von der „Trogodie Ludendorffs“ gesprochen und versichert, an Ludendorff hätten sich in den letzten Jahren „Kreise gedrängt, um ihn zu beraten und ihn damit zu führen, die zu politischer Führung schlechthin unfähig waren“. Dazu sagt das „Deutsche Tageblatt“:

„Der Efel steigt einem hoch beim Lesen dieser Worte. Es ist der gemeinste Dolchstoß eines Mannes, der von Ludendorffs Stellung in der völkischen Bewegung keinen Schimmer hat. Ludendorff ist nicht der Mann, der sich führen läßt, sondern der führt. . . Mißbraucht werden sollte Erzelenz Ludendorff von den Kreisen, zu denen Herr Pastor Dr. Maurenbrecher gehört und daß General Ludendorff dies klar erkannt hat, dafür sind wir völkischen Arbeiter und Angestellten ihm dankbar, denn von diesen Kreisen kommt uns und unserem Vaterlande kein Heil. . .“

Damit niemand im Zweifel über die Führertätigkeit Ludendorffs bei dem letzten Putsch und bei zukünftigen ähnlichen Unternehmungen sein kann, versichert das „Deutsche Tageblatt“ in auffälligem Druck:

„Ludendorff, Hitler und Graefe bleiben unsere Führer, ihnen sind wir bis zum Tode verschworen, ihnen halten wir die geschworene Treue. . . Wir werden dem deutschen Arbeiter zeigen, welch freudvolles Spiel gespielt werden soll. Hitler und Ludendorff haben in München die schwarz-weiß-rote, die völkische Republik ausgerufen, damit es nicht läme zur Monarchie von Rom und Judas Gnaden. . . Ludendorff und Hitler haben nicht ausgespielt, im Gegenteil: beider Stunde wird kommen. Der feige Wortbruch, der schmähvolle Verrat vom 9. November 1923, ist nicht das Ende, sondern der kraftvolle siegesfrohe Anfang der völkischen Freiheitsbewegung. Die Taten von München werden gerächt werden, die Schwärze werden ihre Strafe finden, am Tage des Sieges des schwarz-weiß-roten Hakenkreuzes unser Ludendorffs und Hitlers und Graefes Führung.“

Diese Ausführungen in dem, wenn auch verbotenen, so doch prominentesten norddeutschen Organ der Deutschvölkischen dürften dem Oberreichsanwalt besonders interessieren. Wegen seiner Beteiligung im Kapp-Putsch hat man den Ludendorff unbegreiflicherweise laufen lassen, weil Ludendorff behauptete, nur „ganz zufällig“ um 6 Uhr morgens in den Kapp-Putsch hineingeraten und dann der Meinung gewesen zu sein, daß er einer bereits zu Recht bestehenden Regierung Kapp Dienste leiste. Damals ist der Held sogar noch als Zeuge eidlich vernommen worden, anstatt daß man ihn pflichtmäßig unter Anklage des Hochverrats gestellt hätte.

Im neuesten Falle Ludendorffscher Zufälligkeiten wird er seine Führerschaft selbst mit dem geschworenen Eid nicht mehr ableugnen können. Er sowohl wie Graefe, Hitler, Löffow und Kahr, die ganze bunte Bruderschaft, gehört vor den Staatsgerichtshof wegen Hochverrats. Der Oberreichsanwalt ist von Amis wegen verpflichtet, einzugreifen. Er wird dazu eines besonderen Anstoßes nicht bedürfen. Aber wenn ihm selbst die Machtmittel fehlen, die Spießgesellen zu ergreifen, dann hat er die Pflicht, diese von der Reichsregierung zu fordern. Und einem solchen Verlangen würde sicher nicht einmal die Regierung Stresemann widerstehen können. Wir hatten also der Taten, die jetzt folgen werden!

Er redet wieder.

München, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag und Mittwoch erfolgten die Beerdigungen der am Freitag auf seinen Hitlers Befehlen. Obwohl die Zeit der Beisetzung geheimgehalten war, hatten sich Hunderte von Leidtragenden auf den einzelnen Friedhöfen eingefunden, darunter geschlossene Abteilungen der aufgelösten Verbände „Oberland“, „Reichskriegsflagge“ und der Nationalsozialisten. An drei Beisetzungen nahm auch Ludendorff teil, der sich immer noch nicht in Schutzhaft begeben hat. Er ergriß jeweils das Wort zu einer kurzen Ansprache. Am Sonntage feines Dieners betonte er, daß er dem Gefallenen, der neben ihm und für ihn gefallen sei, ebenfalls Treue halten werde im Kampf um das kommende, zu schaffende völkische Groß-Deutschland. In einem Nachruf eines Nationalsozialisten wurde Kahr für die Taten geschworen. Besonders zahlreich war das Trauergesolge bei der Verbrennung der Leiche des Kampfbundsekretärs v. Scheubner-Richter. Neben den Angehörigen waren viele Offiziere in Uniform erschienen, ferner Ludendorff, Minister a. D. Roth und viele Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilungen sowie Studenten. Durch Handauflegen auf den Sarg beteuerten die anwesenden Führer, unter ihnen Kapitän Ehrhardt, der nationalen und völkischen Bewegung zum Siege zu verhelfen.

Hüter der Einheit.

Völkische gegen Völkische — Schwarzweißrote gegen Blauweiße — Protestanten gegen Katholiken.

Wie jedesmal nach ihren „großdeutschen“ Aktionen sind die Deutschvölkischen auch diesmal aufeinander geraten. Der Kampf aller gegen alle ist auf der ganzen Linie entbrannt. Neu ist diesmal das konfessionelle Moment, das in die Debatte gemischt wird. Herr v. Graefe-Goldebeck hatte das „Berdenst“, den Reigen zu eröffnen. Er war in seinem Heftbrief dem bayerischen Staatskommissar v. Kahr vor, Handlanger des „Schwarzen“ Geistes zu sein. Kahr ist zwar Protestant, aber das nehmen die Deutschvölkischen bei ihren gegenseitigen Beschimpfungen nicht so genau. Auch in München selbst ist nunmehr der Religionskrieg im Gange. Nationalsozialistische Agitatoren predigen in den Straßen Rache für den Verrat Kahrs, nicht nur die Juden und die Sozialdemokraten, auch die „Pfaffen“ müßten dran glauben. Nationalsozialistische Flugblätter klammern durch die Betriebe, in denen Kahr als „Werkzeug des römischen Jesuitismus“ bezeichnet und den Arbeitern ewige Verfluchung unter der Reaktion der Juden und

Pfaffen prophezeit wird. Darob ist natürlich die katholische Presse Münchens, die in diesem Falle wohl als das Sprachrohr der Bayerischen Volkspartei bezeichnet werden darf, heftig erbozt. In einem dieser Blätter heißt es:

„Es ist also tatsächlich so weit gekommen, daß in der katholischen Hauptstadt eines katholischen Landes eine in st. matische Hege gegen die katholische Kirche ins Werk gesetzt wird, und zwar von Leuten, die in ihrer Mehrheit weder ihres Glaubens, noch ihres Landes sind. Damit sind wir gewarnt, und es wäre unverantwortlicher Leichtsin, diesen Männern noch einmal das Vertrauen zu schenken. Setzt man allseitige Klarheit geschaffen werden. Was in dieser Hege in den letzten Tagen die Studenten an Rohheit der Besinnung geleistet haben, die sich im Verein mit halb-wüchsigen Schulbuben offen gegen die Staatsgewalt betätigt haben, übersteigt das Maß selbst der bayerischen Gutmütigkeit. Wir fordern, daß diesem Unfug ein schnelles Ende gemacht wird und daß jene Herrschaft an der Universität aufgehört. Wie muß das Beispiel dieser „Edelsten der Nation“ auf die anderen Volksteile, besonders auf die Arbeiter wirken?“

Man darf gespannt sein, ob die Drohungen, die hier zwischen den Zeilen zu lesen sind, ihre Verwirklichung finden. Borerst erfährt man, daß eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten der Kampfbünde hinter Schloß und Riegel sitzen, darunter auch Hitlers Generalstabsober Major Streck und der Führer des Bundes „Oberland“ Dr. Weber. Gegen diesen ist auch Anzeige erstattet wegen Diebstahls und Erpressung unter erschwerten Umständen, da er, nachdem bereits von Regierungsseite die Tat Hitlers als hochverräterischer Putsch gekennzeichnet war, in einem Industriewerk Münchens drei Automobile requirierte mit der Drohung, die Besitzer würden im Weigerungsfalle sofort an die Band gestellt. Nur durch die Bestechung der Hitterschen Chauffeure gelang es, die Automobile wieder in die Hand der rechtmäßigen Besitzer zu bringen. Requirierte Autos von anderen Firmen sind indessen bis zur Stunde noch nicht wieder herbeigefahren.

Ergebnis ist die Stellung Kahrs, der überflügelt sein wollte und nun glücklich zwischen zwei Stühlen sitzt. Während ihm die Deutschvölkischen Hitterscher Oberbefehl als jesuitischen Rädelsführer beschimpfen, ist er der blauweißen bayerischen Volkspartei als Schwarz-weiß-roter verdächtig. Es heißt sogar, daß die Gegensätze zwischen Kahr und der Volkspartei kaum noch überbrückbar sind. Denn nachdem Ehrhardt und Hauptmann

Heiß von der „Kriegsflagge“ sich offen hinter Kahr gestellt haben und dieser ihre Dienste angenommen hat, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß diese Männer, die sich von Hitler in keiner Weise grundsätzlich unterscheiden, sehr bald das volle Vertrauen der Staatsgewalt in Bayern haben werden. Lassen doch Ehrhardt und Heiß heute schon erklären, sie hätten sich dafür eingesetzt, daß nach eingetretener Beruhigung eine Amnestie erlassen wird und die verbotenen „nationalen“ Verbände bald wieder unter neuer zuverlässiger Führung die Möglichkeit weiteren „nationalen“ Arbeitens erhalten. Das ist offenbar auch das Ziel des Herrn v. Kahr und seiner Hintermänner, nicht aber das Ziel der Bayerischen Volkspartei und der Regierung Ansting. Als gebrannte Kinder scheuen diese das Feuer, und darum trachten sie unter allen Umständen danach, in dieser Richtung weitgehende Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Es besteht Grund zur Annahme, daß für diese Sicherheitsmaßnahmen bereits wesentliche Vorarbeit geleistet worden ist.

Die Lage im völkischen Lager ist also augenblicklich die, daß sich drei Gruppen gegenübersehen: Hitler-Ludendorff, die soeben von den Blauweißen blutige Prügel bekommen haben, die blau-weiße bayerische Volkspartei, die von Ludendorff und Hitler nichts mehr wissen will, und die sich durch die antikatolische Agitation der Nationalsozialisten an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen fühlt, und die Kahr-Ehrhardt-Heiß, die es nach beiden Seiten verborgen haben und noch nicht wissen, wo sie wieder Anschluß finden werden. Das alles segelt unter der Flagge: „Befundung“ des Reiches von Bayern aus. In Berlin macht inzwischen Herr Maurenbrecher eine neue Clique auf, mit der Devise: Berlin muß die Führung übernehmen. Das ganze Theater aber trägt die Ueberschrift: „Gegen den reißerzsplitternden Marxismus, für die deutsche Einheit“.

Der demokratische „Norddeutsche Anzeiger“, Schwerin, ist vom Wehrkreiskommando für die Dauer von drei Tagen verboten worden, und zwar wegen einer Kritik einer Verordnung des Reichswehrministers.

Deutschösterreichs Hilfe. Nach dem Vorbild der Stadt Wien, die eine Milliarde Kronen für Deutschlands Hilfsbedürftige gespendet, hat u. a. der Tiroler Landtag einstimmig 100 Millionen Kronen zuerwilligt.

Zum Beamtenabbau.

Richtlinien des NSU-Bundes.

Die von der Deffektivität verlangte wirtschaftliche Gestalt der öffentlichen Betriebe hat die Regierung zur Herausgabe der sogenannten Personalabbauperordnung veranlaßt. Sämtliche Epigengewerkschaften haben die Vor schläge der Regierung abgelehnt; sie bedeuten eine oanz schonmatische bürokratische Einschränkung des Personals während nur ein Neuaufbau der Verwaltungsförner von Grund auf eine höhere Wirtschaftlichkeit bringen kann. Es muß verhütet werden, daß die Hemmnisse im Wirtschaftlichen, die schon bisher durch den unheilvollen Bürokratismus hervorgerufen worden sind, noch vermehrt werden. Deshalb muß vom Reichstag erwartet werden, daß er schleunigst die Aufhebung der Personalabbauperordnung beschließt, um eine wirkliche Entlastung der Verwaltungen herbeizuführen.

Der NSU-Bund unterbreitet dazu folgende Richtlinien für die wirtschaftliche Gestaltung der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe.

Ein Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft kann nur verhindert werden, wenn zunächst dem Währungsversall Einhalt geboten wird. Die unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung einer festen Währung ist der Ausgleich des Reichshaushalts. Die Gewerkschaften haben auf wirtschafts- und währungspolitischen Gebiete Vorschläge gemacht, um die Einnahmen des Reichs zu erhöhen. Sie verschließen sich auch nicht der Erkenntnis, daß die Ausgaben im Augenblick auf das für die Erhaltung des Reichs notwendige Maß eingeschränkt werden müssen. Dazu ist vor allem eine wirtschaftlichere Gestaltung der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe erforderlich.

1. Die bürokratisch gerahmte und gegliederte Organisation der Behörden mit ihren die freie Entfaltung der Persönlichkeit hemmenden Bestimmungen ist zu ersetzen durch eine nach kaufmännisch- und technisch-wirtschaftlichen Grundrissen geleitete Betriebsorganisation. Ebenso sind gesetzliche Hemmnisse, wie z. B. der Staatszwang für die wirtschaftlichen Unternehmungen in Reich, Staat und Gemeinden zu beseitigen.

2. Die jährlichen Ausgaben übertreffen insbesondere bei den Betriebsverwaltungen die Personalausgaben. Die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe wird deshalb in erster Linie von der rationellen Verwendung von Material und Kraft abhängig sein.

Die Organisation der Betriebe ist den Grundrissen einer technisch-wirtschaftlichen Betriebsführung der Neuzeit anzupassen. Dazu gehört u. a. auch die Aufhebung der kameraristischen Buchführung. Die Beseitigung aller unnötigen Schreibwerks erspart in den Betrieben und in den Verwaltungen besonders dringlich.

Eine rationelle Gestaltung der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen hat eine durchgreifende Vereinfachung der Gesetzgebung (Steuernwesen, einheitliche Arbeitsbehörden usw.) zur Voraussetzung.

3. Die Gewerkschaften verschließen sich auch nicht der Notwendigkeit einer Nachprüfung, inwiefern an den Personalausgaben gespart werden kann. Auch bei jeder Personalerminderung muß das wirtschaftliche Bedürfnis der betreffenden Verwaltung oder des Betriebes entscheidend sein. Jeder schematische Personalabbau, bei dem nur nach der Kopfzahl und nach der rein dienstlichen Stellung des Arbeitnehmers verfahren wird, vermehrt statt einer Ersparnis die Unwirtschaftlichkeit und bringt damit eine Erhöhung der Kosten für sachliche Ausgaben.

Deshalb ist bei der Auswahl der zu Entlassenden in jedem Fall die Leistung und Eignung des Arbeitnehmers zu berücksichtigen. Demnach muß bei Wogfall von Beamten und Angestellten derjenige Beamte oder Angestellte beibehalten werden, der für die geforderte Tätigkeit der Leistungsfähigere ist.

4. Im Interesse der Leistung und Konkurrenzfähigkeit staatlicher und kommunaler Betriebe gegenüber privaten Wirtschaftsbetrieben sollte auch auf die Beweglichkeit und Freizügigkeit der dort beschäftigten Personen der größte Wert gelegt werden. Die wirtschaftlichen Unternehmungen von Reich, Staat und Gemeinden eignen sich daher auch für die Anstellung von Arbeitnehmern auf Privatdienstvertrag. Ebenso liegt es im fiskalischen Reichsinteresse, für einen vorübergehenden Bedarf ersichtliche behördliche Stellen mit Arbeitnehmern auf Privatdienstvertrag zu besetzen, wie z. B. Dienstbeschäftigte, Behörden und Betriebe zur Durchführung des Friedensvertrags.

II. 1. Die soziale Lage des einzelnen und die wirtschaftlichen Verhältnisse sind bei der Auswahl der zu Entlassenden weit-

gehendst zu berücksichtigen. Bei gleichen und ähnlichen Verhältnissen und gleicher dienstlicher Brauchbarkeit sind die persönlichen und Familienverhältnisse der Betroffenen in folgender Reihenfolge für die Entlassung einzuhalten:

a) Personen, die einen doppelten Erwerb haben sowie Verheiratete, deren Ehegatte einen eigenen Erwerb hat; b) Berufsfremde, die in ihrem alten Beruf durch den Arbeitsnachweis sofort untergebracht werden können, Kriegsbeschädigte, die Berufswechsel vorgenommen haben, gelten nicht als Berufsfremde; c) Bedige, soweit sie nicht Ernährer ihrer arbeitsunfähigen Eltern oder Geschwister sind; d) verheiratete Kinderlose oder Bedige, die die einzigen Ernährer ihrer arbeitsunfähigen Eltern oder Geschwister sind; e) Verheiratete mit einem, zwei, drei usw. Kindern.

2. Nebenbeschäftigung, die mit einer Vergütung verbunden ist, sowie die Betreibung eines Gewerbes ist allen Arbeitern, Angestellten und Beamten grundsätzlich zu verbieten.

3. Die Neueinstellung von Beamten, Beamtenanwärtern und Angestellten ist verboten. In Ausnahmefällen ist die Zustimmung der Finanzminister einzuholen. Die Schaffung neuer Behörden ist verboten.

4. Entlassungen dürfen entsprechend den Bestimmungen der Demobilisierungsverordnungen vom 12. Februar 1920 nur vorgenommen werden, wenn den Verwaltungen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verfüzung der Arbeitszeit zugemutet werden kann. Diese Bestimmung hat auch für die Werkstattbetriebe der Reichsbahn und Reichspost- und Telegraphenverwaltungen zu gelten. Die gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Beschäftigung Schwerbeschädigter bleiben in Kraft.

5. Bei der Kündigung ist zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, den Arbeitnehmer an anderer Stelle des Betriebes unter Beobachtung der in II 1 gegebenen Richtlinien unterzubringen.

6. Kündigungen sind sofort dem zuständigen Landesarbeitsamt für Arbeitsvermittlung und dem örtlichen Arbeitsnachweis bekanntzugeben. Behörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften eintritt, haben sich an die vorbezeichnete Arbeitsvermittlungsbehörde zu wenden. Bevor mit dem Abbau begonnen wird, haben zwischen dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung und den Angestelltenvereinigungen Verhandlungen über die Unterbringung der durch den Abbau betroffenen Arbeitskräfte zu erfolgen. Die gleichen Verhandlungen haben nötigenfalls mit den örtlichen und Landesämtern für Arbeitsvermittlung stattzufinden. Bei Anwendung der Ziffer II 1 sind bei Behörden entlassene erwerbslose Arbeitnehmer bei Eignung für freie Stellen in erster Linie zu berücksichtigen. Die unter Ziffer II 1 a, b fallenden Personen sind von der weiteren Unterbringung bei den Behörden ausgeschlossen.

7. Entlassene und erwerbslose Arbeitnehmer der Verwaltungen müssen bei Eignung für den Dienst in erster Linie wieder eingestellt werden.

8. Da den Entlassenen am besten mit der Vermittlung eines neuen Erwerbs gedient ist, muß es besonders Aufgabe des Staates sein, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu vermitteln, im Falle der Unmöglichkeit durch Schaffung und Förderung einer produktiven Erwerbslosenfürsorge (Wohnungsbau, Ausbau von Verkehrsweegen) neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Da mit größerer Arbeitslosigkeit auch in der Industrie zu rechnen ist, ist es unbedingt notwendig, schon jetzt entsprechende Vorarbeiten zu leisten.

9. Um den Befähigten den Uebergang zu einer anderweitigen Beschäftigung zu erleichtern, sind besondere Entlassungen, gemessen nach der Beschäftigungsdauer, zu gewähren. Die Entlassungen sollen für alle Arbeitnehmer gleich sein und mindestens so hoch bemessen werden, als die gesetzlichen Bestimmungen in den Fällen einer unbilligen Härte vorschreiben.

10. Besonders vermögensrechtliche Ansprüche aus erworbenen Rechten (Pensionsberechtigung usw.) werden durch die Entlassungen nach II nicht berührt.

11. Für einen aus Anlaß des Stellenwechsels notwendigen Wohnungswechsel sind angemessene Umzugskosten zu gewähren.

12. Die gesetzlichen, tariflichen und sonstigen Kündigungschutzrechte müssen voll gewährt werden.

III. Generelle Richtlinien über den Abbau sind unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten von den zuständigen zentralen Behörden aufzustellen. Ebenfalls ist es erforderlich, bei der Durchführung dieser Richtlinien in den bezirkslichen und örtlichen Verwaltungsinstanzen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer — Gewerkschaften und Betriebsvereinigungen — mitwirken zu lassen.

Verhaftungen im Buchdruckerstreik!

Die Streiklage im Buchdruckgewerbe hat sich auch am gestrigen Nachmittag nicht wesentlich verändert. Nachdem bereits im Laufe des Tages eine größere Anzahl Verhaftungen von Betriebsräten, Funktionären und anderen Streikenden erfolgt war, wurden gestern Abend der Vorsitzende der Berliner Buchdrucker, Robert Braun, der Vorsitzende der graphischen Hilfsarbeiter, Otto Bloth, und der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Berlin der Buchdrucker, Otto Gabel, in den Büroräumen des Gewerkschaftshauses verhaftet und in Schutzhaft genommen. Die Beauftragten des Wehrkreis-Kommandos hatten Instruktion, nicht nur diese drei Gewerkschaftsführer, sondern auch nachfolgende Leiter der am Streik beteiligten Organisationen zu verhaften: Albrecht, Grahmann, Kasper, Hoffmann, Lagobezinski und Polenske. Die Ortsvorstände wollten in gemeinsamer Beratung zu der gesamten Streiklage Stellung nehmen, nachdem sie von den Zentralvorständen davon in Kenntnis gesetzt worden waren, daß heute vormittag 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium zentrale Verhandlungen mit den Unternehmern geführt werden sollten. Die Sitzung der Vorstände hatte noch nicht begonnen, als zwei Autos des Wehrkreis-Kommandos vorfahren, um die Verhaftung vorkriegsdenkmal bekannter Gewerkschaftsführer vorzunehmen. Da nur die verhafteten Vertreter aufzufinden waren, mußte man sich auf diese beschränken. Es ist anzunehmen, daß die nichtverhafteten Führer auch in ihren Wohnungen nicht unbehelligt gelassen werden.

Der ADB und die Berliner Gewerkschaftskommission sind sofort von den Vorgängen benachrichtigt worden und haben beim Reichswehrministerium nachdrücklich gegen die Verhaftungen protestiert und die sofortige Freilassung der verhafteten Gewerkschaftsführer gefordert. Durch solche Maßnahmen wird natürlich eine Verständigung in diesem Wirtschaftskampf nur noch mehr erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht. Auch die dringend notwendige Berichterstattung über die Lohnverhandlungen wird dadurch unterbunden.

Die verhafteten Führer sollen heute bei den Verhandlungen, worunter auch Lagobezinski, in der Nacht nach Roßbit gebracht. Braun und Bloth sollen zu den heutigen Verhandlungen „Urlaub“ unter Bedeckung erhalten.

Wie mir noch nachträglich erfahren, wurden die Verhafteten, worunter auch Lagobezinski, in der Nacht nach Roßbit gebracht. Braun und Bloth sollen zu den heutigen Verhandlungen „Urlaub“ unter Bedeckung erhalten.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Der Streik der Berliner Buchdrucker hat durch seine Begleiterscheinungen eine über das Maß sonstiger Lohnbewegungen hinausgehende Bedeutung erlangt. Bekanntlich sind an diesem Streik auch die graphischen Arbeiter in den Betrieben beteiligt, in denen Zahlungsmittel (Banknoten usw.) hergestellt werden. Der Banknotendruck, soweit er in der Reichsdruckerei erfolgt, gilt auch nach den Streikregeln des ADB als „lebenswichtiger Betrieb“, über dessen Stilllegung durch Streik Beschlüsse erst dann gefaßt werden dürfen, wenn zuvor dem Bundesvorstand die Möglichkeit einer Vermittlung gegeben worden wäre. Diese Bestimmung der gewerkschaftlichen Streikregel ist leider von den beteiligten Arbeitern nicht eingehalten worden.

Nun hat der Inhaber der vollziehenden Gewalt anlässlich des Streiks eine Verordnung erlassen (Nr. 530 des „Vorwärts“, Abendausgabe vom 12. November), die praktisch ein Verbot des Streiks bedeutet. Darüber hinaus sind die Konsequenzen solcher Verbote nicht abzusehen. Schon jetzt ist den Angestellten der Betriebe nicht abgesehen, die Tätigkeit der ausständigen Arbeiter aufzunehmen (Streikarbeit zu verrichten). Die Angestellten sind, da sie sich weigerten, entlassen worden. Die Verhandlungen der Streikenden sind aufgelöst bzw. deren Statistiken ist nur gebildet worden unter der Voraussetzung, daß „nicht zum Streik angereizt“ würde. Weitere Verhandlungen sind angeündigt bzw. entsprechende Maßnahmen bereits eingeleitet worden (Entzug der Unterstützungszahlung an Erwerbslose durch die Gewerkschaften, Aufforderung an die Erwerbslosen, sich sofort zur Arbeit in den bestreikten Betrieben zu melden, andernfalls sie der Arbeitslosenunterstützung verlustig gehen würden usw.).

Diese Verordnungen berühren nicht nur den Lohnkampf der Buchdrucker, sondern die Interessen der Gesamtarbeiterschaft. Der Vorstand des ADB hat aus diesem Grunde und in Verfolg eines an ihn gerichteten Erlusses der Organisationen in Gemeinschaft mit den letzteren sich bisher bemüht, eine Grundlage für neue Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zu schaffen, um so den Streik baldigst mit einem befriedigenden Ergebnis zu beenden. Weiter aber hat er an den hierfür in Betracht kommenden Regierungsstellen in der nachdrücklichsten Form gegen die in Rede stehenden Verordnungen protestiert und deren Aufhebung gefordert mit dem Bemerkten, daß er sich eventuell volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten müsse.

Androhung des Rücktritts vom Reichstatist.
Die Unternehmerorganisation im Buchdruckgewerbe hätte alle Ursache, den Streik einmal unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, ob nicht ihre Lohnpolitik die Buchdrucker zum Streik getrieben hat und daraus die nötigen Schritte abzuleiten, um durch gehöriges Entgegenkommen zur Beendigung des Streiks beizutragen. Statt dessen kommt der Arbeitgeberverband mit der Drohung, seinen Rücktritt vom Reichstatist zu erklären, wenn nicht bis morgen früh 8 Uhr die Arbeit in Berlin wieder aufgenommen wird. Selbst das Organ der Gutenbergs-Bündler „Der Deutsche“ protestiert dagegen, daß die Unternehmerorganisation den Zentralvorständen der Gehilfenorganisationen die Verantwortung für den Streik zuschiebt. Das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes entbehre jeder sachlichen Berechtigung.

„Durch dieses Ultimatum häufen die Arbeitgeber weitere neuen Zündstoff an, nachdem sie die bei den vorstehenden Verhandlungen gegebene Zusage, der Einführung von Gehaltsänderungen auf einer der Teuerung entsprechenden Grundlage, bei der letzten Lohnregelung nicht gehalten haben.“

So mehr sich im Buchdruckgewerbe das Schwarzmarktsystem breitmacht, um so schwieriger gestaltet sich eine schiedlich-friedliche Verständigung, die den einfachsten Lebensinteressen der Gehilfenorganisation gerecht wird. Für solche Drohungen, die das Verhalten der Unternehmer so recht kennzeichnen, kann sich kein Arbeiter etwas kaufen. Deshalb versehen sie ihren Zweck.

Eingreifen des Oberpräsidenten.
Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat eine Verfügung erlassen, nach der erwerbslose Buchdrucker, die sich weigern, in Rotendruckereien Arbeit anzunehmen, ihrer Erwerbslosenunterstützung verlustig gehen.

Streikposten stehen als strafbare Handlung.
Das Wehrkreis-Kommando 3 gibt bekannt: „In der Arbeiterschaft ist anscheinend die Ansicht verbreitet, daß das Streikposten stehen keine strafbare Handlung sei. Der Streikposten steht, tut es in der Absicht, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten; er macht sich daher nach der Verordnung vom 11. November 1923 strafbar und legt sich der Gefahr sofortiger Festnahme aus. Gehört der Streikposten einem der lebenswichtigen Betriebe an, in denen der Streik verboten ist, so läuft er außerdem Gefahr, nach der gleichen Verordnung wegen Arbeitsminderung bestraft zu werden.“

Achtung, graphische Funktionäre.
Heute nachmittag 4 Uhr in den Kammerböden Teetower Straße, Funktionärerversammlung der am Streik beteiligten Betriebe. Eintritt nur für Funktionäre gegen Vorzeigung der Legitimationen. Die Kollegen und Kolleginnen, die nicht funktionäre sind, werden ersucht, der Versammlung fernzubleiben, da sonst die Abhaltung derselben in Frage gestellt ist.

Die nach vorhin angegebene allgemeine Funktionärerversammlung des Sattler-, Tapezierer- und Porzellanverwandten, sowie der Schuhmacher, Lederarbeiter und Buchbinder wird hierdurch mit Zustimmung der Organisationsleitungen abgesetzt.

V. A.: Verband der Buchbinder und Papierarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Die Berliner Mühlenarbeiter im Streik.
Die Mühlenarbeiter Groß-Berlins stehen seit gestern Abend 10 Uhr wegen Lohnunterschieden im Streik. Ein vom Schlichtungsausschuß gefällter unzulänglicher Schiedsspruch wurde in einer allgemeinen Versammlung am Dienstag einstimmig abgelehnt. In der am Mittwoch in den Betrieben vorgenommenen geheimen Abstimmung wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, in den Streik einzutreten. Der Verband der Lebensmittel- und Getränke-Arbeiter versuchte in letzter Stunde, durch Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie eine Beilegung der Differenzen herbeizuführen. Der Arbeitgeberverband lehnte es jedoch ab, in weitere Verhandlungen einzutreten.

Lohnkampf der Bauanschläger.
Da die Verhandlungen mit den Arbeitgebern abermals gescheitert sind und keine Möglichkeit mehr besteht, die Differenzen auf dem Verhandlungswege beizulegen, beschloßen die im Deutschen Metallarbeiterverband und im Verein organisierter Bauanschläger Berlin und Umgebung in der Versammlung am 13. November, den ihnen aufgeworfenen Kampf mit aller Energie aufzunehmen.

Die Unternehmer stellen sich auf den Herrenstandpunkt, daß Lohnarbeit für die Bauanschläger nicht durchführbar sei, und kein Stundenlohn garantiert werden kann. Dadurch befinden sie, daß ihnen jedes soziale Verständnis fehlt. Die in Mitleidenschaft gezogenen Baufirmen, deren Bauten vor Eintritt der kalten Witterung infolge des aufgeworfenen Kampfes nicht fertiggestellt werden können, mögen den Unternehmern der Bauanschläger klarstellen, daß eine gerechte Lohnpolitik sehr wohl auch für die Bauanschläger verfolgt werden kann, um so mehr, als alle Baugruppen bereits seit Jahren in Lohn arbeiten.

Die Lohnunterschieden in der Holzindustrie
beschäftigten gestern ein Schiedsgericht. Vom Reichsarbeitsministerium wurde ein Spruch gefällt, der für die Woche vom 4. bis 10. November eine Erhöhung um 675 Proz. vorseht, was einen Durchschnittslohn von rund 77 1/2 Milliarden pro Stunde ergibt. Die Lohnberechnung nach Goldpfennigen wurde abgelehnt. Der Spruch umfaßt nicht die Zeit vom 11. bis 17. November. Den Parteien wurde aufgegeben, für diese Woche nochmals in Verhandlungen zu treten. Falls dabei eine Einigung nicht erzielt wird, tritt das Schiedsgericht am Sonnabend mittag 1 Uhr erneut zusammen, um auch diese Differenz durch einen Schiedsspruch zu beseitigen. Den Arbeitgebern wurde aufgegeben, jeden zweiten Tag eine Vorkaufszahlung von mindestens einer Billion zu leisten.

Für die Vergolder wurde an Stelle des Schiedsspruches in einer Verhandlung vor dem Demo folgendes vereinbart: Für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November 200 Proz. = 9,660 Milliarden, vom 3. November 550 Proz. = 64,740 Milliarden.

Für die Kamminindustrie wurde der am 7. November gefällte Schiedsspruch vom Demo für verbindlich erklärt. Danach erhöhen sich die Löhne für die Woche vom 26. Oktober bis 1. November um 340 Proz., für die Woche vom 2. bis 8. November um 550 Proz.

Angestellte! In der Verhandlung im Buchdruckgewerbe vor dem Schlichtungsausschuß am 14. November wurde folgender Vergleich geschlossen:

Bis Sonnabend, den 17. November, werden im ganzen dreizehn Oktobergehälter a conto November gezahlt. Davon sind bis heute, Donnerstag, im ganzen zehn Oktobergehälter fällig; der Rest ist bis spätestens Sonnabend zu zahlen. Soweit die Donnerstagleistung nicht innegehalten wird, erfolgt Aufwertung nach dem amtlichen Kurs vom 14. November.

Die kaufmännischen Angestellten des Papier- und Pappgroßhandels haben sofort a conto November drei weitere Oktobergehälter zu erhalten.

Die Angestellten der chemischen Industrie erhalten am Freitag weitere 2000 Septembergehälter, davon 15 Proz. wertbeständig zum Kurs vom 13. November.

Für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe wurde für die Lohnwoche vom 7. bis 13. November ein Stundenlohn von 130 Milliarden und eine Werkzeugenschädigung für die Zimmerer von 1,050 Milliarden pro Stunde vereinbart. Der Lohn für Poliere beträgt pro Woche 7,031 Milliarden. Wo vorher ein höherer Lohn gezahlt wurde, werden auf den bestehenden Lohn 54,8 Proz. aufgezahlt. Die Lehrlingsentschädigung für Zimmerer beginnt im ersten Lehrhalbjahr in Gruppe A mit 13 Milliarden, in Gruppe B mit 19,5 Milliarden, steigend bis zu 65 bzw. 71,5 Milliarden. Die Werkzeugenschädigung für Lehrlinge beträgt 1 1/2 Proz. pro Stunde. Der Vorkauf für kommende Woche wird am 15. vereinbart.

Der Tariflohn der Rohrleger und Baulumpner beträgt für Montag, den 12., und Dienstag, den 13. November, 150 Milliarden pro Stunde. Die anderen Sätze erhöhen sich in dem gleichen Querbetrage. Am Freitag, den 16., erfolgt eine Vorkaufszahlung von 4 Milliarden Mark. Die endgültige Tarifregelung für diese Woche erfolgt nachträglich.

Achtung, ADB-Apparatefabrik! Morgen (Freitag) nachmittag 4 Uhr im Sängerbund, Weddingstr. 9, Funktionärerversammlung aller ADB-Genossen der ADB-Apparatefabrik (ADB-Adressbuch und Nebenwerke). Das vollständige Geschreiben ist dringend notwendig, da sehr wichtige Tagesordnung. Portalausweis mitbringen. Der Funktionärsverband.

Vormittag-Buchdrucker. Heute 12 Uhr Sitzung des gesamten Betriebsrats. — Nächste Betriebsratsversammlung Freitag früh 8 Uhr.

Berliner Tages-Zeitung. Die Kollegen treffen sich heute nachmittag 4 Uhr im bekannten Lokal.

Buchdrucker Felix Wolf & Co. m. b. H. Heute vormittag 1/10 Uhr Zusammenkunft der Betriebsrat am Michaelisplatz 19. Der Betriebsrat.

Verband der Lithographen, Steinbrucher und verwandten Berufs. Heute mittag 1 Uhr im Gewerkschaftshaus, Sozial 1, Versammlung aller am Buchdruckerstreik beteiligten Betriebsräten.

Buchbinder-Drucker. Donnerstag früh 7 1/2 Uhr Betriebsratsversammlung in der Schillerstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bezirksverein XI. Morgen (Freitag) 7 Uhr Ortsversammlung in der Schule Petersburger Str. 4.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.
Stadlungs-Gesellschaft für Währungs- und Finanzreform, e. V. Donnerstag, den 15. November, abends 8 Uhr im großen Festsaal des Vereines Deutscher Ingenieure, Sommerstr. 4, erste Winterlesung. Georg Bernward, Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, spricht über „Strukturwände und Währungsreform“. Eintritt frei.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 — 1)

| Durchschnitt | Wert |
|--------------|-----------------|
| Mai | 3816 |
| „ Juni | 7650 |
| „ Juli | 37651 |
| „ August | 586045 |
| „ September | 15 000 000 |
| „ Oktober | 3 280 000 000 |
| 3. September | 1 845 261 |
| 10. „ | 5 051 046 |
| 17. „ | 14 244 500 |
| 24. „ | 28 000 000 |
| 1. Oktober | 40 400 000 |
| 8. „ | 109 100 000 |
| 15. „ | 691 900 000 |
| 22. „ | 3 045 000 000 |
| 29. „ | 13 671 000 000 |
| 5. November | 98 500 000 000 |
| 12. „ | 218 000 000 000 |

Steigerung gegen die Vorwoche 121,8 Proz.

Die Lebenshaltungskosten waren also bis zum Anfang dieser Woche stärker gestiegen als die Devisenkurse, die am Montag erst den 150milliardenfachen Vorkriegsstand innehalten. Auch die Steigerung gegen die Vorwoche ist im Vergleich zu den Devisenkursen interessant. Während nämlich der Dollar von 420 auf 630 Milliarden gestiegen war, also um 50 Proz., sind die Lebenshaltungskosten in der gleichen Zeit um 121,8 Proz. in die Höhe geklettert. Die inländischen Warenpreise sind also wesentlich schneller hinaufgegangen als die Devisenkurse.

Der Index vom 12. November ist aber durch die weitere Entwicklung am Devisenmarkt überholt. Bereits gestern hatten wir den doppelten Dollarkurs vom Montag. Nimmt man an, daß sich die Lebenshaltungskosten nur im gleichen Verhältnis gesteigert haben — in Wirklichkeit sind z. B. Nahrungsmittel stärker gestiegen als der Dollarkurs —, so müßte man also für Löhne, die heute zur Ausgabe kommen, mindestens den doppelten Index vom Montag einsehen. In Wirklichkeit würde auch damit der Teuerung nicht voll Rechnung getragen.

Die Anwendung des Index auf Lohnfestsetzungen muß, nachdem sich die Teuerungswelle so überschlagen hat, jetzt mit doppelter Vorsicht erfolgen. Eine schematische Übertragung auf die Löhne würde jedenfalls eine beträchtliche Minderung des Reallohnes bedeuten.

Die Teuerung im Großhandel.
Die auf den Montag des 13. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt sich einem amtlichen Dollarkurs von 840 Milliarden Mark des 265,6milliardenfachen der Vorkriegszeit und ist gegenüber dem Stande vom 6. November um 106 Proz. gestiegen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Stetig. Freitag, den 15. November, 7 1/2 Uhr, öffentliche Vollversammlung in der Schule Eisenstr. 4. Thema: „Die politische Lage.“ Referent Genosse Heinrich Strödel. — Einleitende Rede von Genosse Müller am Versammlungsorte um 7 1/2 Uhr zur Stelle sein. Die Abteilungen Arbeiterhilfe und Bauhilfe werden gebeten, mit ihren Rednern zu erscheinen.

2. Kreis Tiergarten. Donnerstag, den 15. November, 7 1/2 Uhr, Funktionärinnenkonferenz bei Eitelberg, Lehmannstr. 54.
3. Kreis. Freitag, den 16. November, 7 1/2 Uhr, Funktionärinnenkonferenz bei Schmidt, Friedrichstr. 37. Alle Funktionärinnen (Arbeitermohlfahrt, Arbeiterhaus, Agitation) müssen erscheinen.
7. Kreis Charlottenburg. Sonnabend, den 17. November, 7 1/2 Uhr, Vorkaufszahlung in der Aula der Schul-Oberschule, Schulstr. 123-127. Karten bei den Abteilungsleitern und im Bildungsausschuß, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Stock, Raum 8.
19. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, den 16. November, 7 1/2 Uhr, in der Aula der Schule 42-44, Kollnseegebäude. Karten am Eingang des Saales.
22. Kreis Reinickendorf. Vorkaufszahlung: Heute abends 8 Uhr in Reinickendorf, in der Aula des Realgymnasiums, Berner Straße, Volkstheatergebäude. Karten am Eingang des Saales. — Morgen, Freitag, den 16. November, 7 1/2 Uhr, in Bernerstraße, Restaurant „Zum Lindengarten“, Berliner Straße (Zub. Bank), Aufführung „Der Herr Senator“. Karten bei den Abteilungsleitern der Ausgabestelle und am Eingang des Saales.

Heute, Donnerstag, den 15. November:
125. Mt. Weißense. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Realgymnasium Jungfernallee. Gruppe Krenzow: 7 Uhr im Jugendheim, Eisenstr. 9, Besprechungsabend. Gruppe Krenzow: Sühnen und Reue: Sonntag abends 7 Uhr im Ostbahnhof 17, Richard-Dehmel-Wend. — Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr in der Siedler-Wohlfühlgesellschaft, Am Ostbahnhof 17, Fortschritt der Ausprobieren mit der Arbeiterjugend: „Die politische Lage und die Aufgaben der Jugend“. — Gruppe Prenzlauer Berg: 7 1/2 Uhr Arbeitergemeinschaft Robert Owen.

Morgen, Freitag, den 16. November:
65. Mt. Tempelhofer. 7 1/2 Uhr Vorkaufszahlung des 2. und 5. Bezirks im Jugendheim, Berner, Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße. Gruppenabend fällt aus. Die Beteiligten sind an der öffentlichen Versammlung des Friedensvereins in der Schul-Oberschule, Hauptstraße, abends 7 1/2 Uhr. Anmerkungen für die Sperrenbergfahrt ebenda.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

44. Mt. Am 13. November verstarb Genosse Tannenbaum. Clausen, am 17. November, 1 1/2 Uhr, Bestattung im Friedhof am Baumgartenweg.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter!
Die Karten zur Theateraufführung am 9. Dezember im Reichtum von 30 Milliarden Mark Grundpreis müssen umgehend abgeholt werden und spätestens auf der Generalversammlung abgeholt werden.

Heute, Donnerstag, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr:
Gesundbäume: Schule Gothenburger Str. 2, Gerhart-Hauptmann-Abend. — Sankt 1: Gemeindefest Schillerstr. 1, Müllerbergsversammlung. — Sankt 2: Jugendheim Wilmersdorf Str. 22, Vortrag: „Hilflos: Sozialismus“. — Sankt 3: Volkshaus IV, Volkshaus, Wilmersdorf, Steinböschung, Vortrag: „Der Sozialismus in der Arbeiterbewegung“. — Wilmersdorf: Schule Berlin: „Der Sozialismus in der Arbeiterbewegung“. — Prenzlauer Berg: Schule 31, Vortrag: „Jugendbestimmungen“. Vortrag: „Die Gegenwart“. — Sankt 4: Jugendheim Eisenstr. 9, Vortrag: „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“. — Wedding: Eichenheim, Schulstr. 1, Vortrag: „Einführung in die sozialistische Weltanschauung“. — Westend: Pantow: Jugendheim Berlin Str. 22, Betriebsratkonferenz.

Arbeitersport.

Whitell-Sport-Club, e. V. Freitag, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr, Training der Männer- und Jugendabteilung in der Turnhalle der Gemeinde (Schule) Schulstr. 123-127. Training des Frauenabteilung in der Turnhalle der 46. Gemeindefest, Berliner Platz 9. Schriftführer der Postabteilung: Hans Jossel, Berlin D. 17, Coppenstr. 4. Geschäftsführer: Alfred Schreibe, Berlin W. 87, Lindenstraße 7.

Sportliche Vereinigungen Nordens 1893. Am Freitag, den 16. November, findet ein Mannschafsturnier in der B-Halle zwischen Ringportverein Trigl sowie der Sportklub Heranbildung Nordens 1893 statt. Da beide Vereine ihre besten Kräfte auf der Matte kämpfen, ist guter Sport zu erwarten.

Verantwortlich für Inhalt: Carl Reuter, Wirtschaft: Felix Gatenberg, Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Reichstatist: Dr. John Schilf, Polizei: und Confines: Felix Rastbach, Wilmersdorf, Eisenstr. 123-127. Berlin: Formaris-Berlin e. m. b. H., Berlin. Druck: Formaris-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin E. B. 68, Lindenstraße 3, Stern 1 Beilage.

Kinder-Elend.

Die Läden in der Schülerviertel werden, wie uns ein Lehrer schreibt, täglich größer. Entschuldigungen wie "Ich konnte mein Kind nicht zur Schule schicken, da wir nichts mehr zu essen haben", laufen täglich ein.

Aus eigener Kraft.

In der westlichen Schule, Götendamer Straße, haben sich Lehrer und Elternschaft zusammengesetzt, um 300 der ärmsten Kinder eine Schulspeisung zu bieten.

Eröffnung der städtischen Goldankaufsstelle. Am Montag, den 19. d. M., wird im Berliner Rathaus (Stadtschuldbureau) ein Gang Spandauer Straße, part. die städtische Goldankauf- und Goldschmelzwerkstatt eröffnet.

Die Lofotfischer.

Aber Claus Tröden gehört zu Per Suzanias Mannschaft, und er legt eine ganze Ausstellung von guten Sachen auf den Kofferdackel, aber wohl nur um damit zu prahlen, denn er selber rührt das alles nicht an, er tauht nur Brot mit Sirup.

Weitere Preissteigerungen.

Die neuen Dollarsteigerungen bringen wieder gewaltige Preissteigerungen mit sich. So wird infolge der Weizenpreissteigerung vom heutigen Donnerstag ab der Preis für das dunkle Brot auf 210, für das helle Brot auf 240 und für die Schrippe auf 9 Milliarden Mark festgesetzt.

Wenn die Wohnungszwangswirtschaft aufhört.

Wohlt die meisten Berliner Hausbesitzer sehen den Augenblick herbei, wo das Wohnungswesen von der Zwangswirtschaft befreit wird und die Mieter ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind.

Zwei „Devisenkommissare“.

Zwei falsche Devisenkommissare wurden auf frischer Tat festgenommen. Ein Kaufmann aus der Hufelandstraße kaufte nehmittags auf dem Postamt in der Dorochienstraße Marken.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in Berlin am 14. Nov. 1923 and Wochenlöhne in Berlin. Includes items like Rindfleisch, Kalbfleisch, Weizenmehl, etc.

deutsche Geld ab. Dann erklärten sie ihm, daß sie ihn nach der Kaiserwache bringen wollten. Als der Kaufmann verlangte, gleich unmittelbar nach dem Polizeipräsidium gebracht zu werden,

Der „Stettiner Emil“.

Mit Hilfe des sogenannten „Jagdheims“ hat es der Vermittler Emil Teske jahrelang verstanden, sich der Strafverfolgung zu entziehen, obwohl er monatelang auf dem Kerkerhof saß.

Für die Republik!

In der öffentlichen Versammlung, die vom Deutschen Republikanischen Reichsbund in Panlow am Dienstag abgehalten wurde, sprach zu dem Thema „Republik in Gefahr“ zunächst Senatspräsident Großmann.

Und jetzt mußte er Wasserstiefel und Delrock anziehen und wieder hinausgehen. Der Sturm schlug ihm ins Gesicht, er mußte den Schwefel festbinden. Ein Hüllensärm dröhnte vom Meere her, von Fahrzeugen und Booten, die an Ketten und Tauen rissen.

kopfüber ins Wasser, wenn er ihn mit der Gaff wieder ins Boot reißt. Heute bleiben sie lange auf See, denn alle diese Fische müssen aus den Netzen genommen werden, damit die von neuem ausgelegt werden können.

